

1./III. 1916

Zeitungseinstellungen und ihre Aufhebungen.

Wie wir gemeldet haben, ist das Erscheinen des „Berliner Tageblattes“ verboten worden. Der „Grund“ ist aus folgender Zuschrift zu entnehmen, die das Blatt nach dem Wiedererscheinen (am Donnerstag; die Einstellung währte also nur einen Tag) veröffentlichen mußte.

Das Erscheinen des „Berliner Tageblattes“ ist von mir wegen des in Nr. 323 veröffentlichten Artikels „Die Kriegsziele der sechs Verbände“ verboten worden. Dieser Artikel stellte insofern eine ungewöhnlich schwere Störung des Burgfriedens dar, als darin großen wirtschaftlichen Organisationen der schwere Vorwurf gemacht war, daß sie im Dienste „ganz einfacher Beutelinteressen der Kriegslieferanten den Krieg bis ins Endlose fortgesetzt“ sehen möchten. Nachdem die Chefredaktion des „Berliner Tageblattes“ mit Schreiben vom 28. 6. 16 ihr Bedauern über diese Veröffentlichung mit der Versicherung ausgesprochen hat, in Zukunft den bestehenden Zensurvorschriften hinsichtlich der Wahrung des Burgfriedens nach bestem Ermessen mehr als bisher nachzukommen, hebe ich das Verbot des „Berliner Tageblattes“ hiemit wieder auf. Ich erwarte, daß die Redaktion des „Berliner Tageblattes“ der gemachten Zusage in Zukunft peinlichst entsprechen wird, und mache auf die Folgen etwaiger erneuter Zuwiderhandlung aufmerksam. Dieses Schreiben ist an der Spitze der ersten wieder erscheinenden Nummer im Wortlaut zu veröffentlichen.

Der Oberbefehlshaber: v. K e s s e l, Generaloberst.

Zu dem berregten Artikel (am letzten Montag), der wohlgezählte 41 Zeilen lang ist, wird der Forderung zugestimmt, die von den Kanzlerfeinden unausgesetzt erhoben wird, daß nämlich die Veröffentlichung der verächtlichen Denkschrift der sechs Verbände zugelassen werde, wozu dann bemerkt wird:

Für ebenso selbstverständlich aber halten wir es, daß wir nach einer Veröffentlichung der Sechszwändedenkschrift volle Freiheit haben müssen, unsere Meinung über diese Denkschrift und über ihre Urheber auszusprechen, und natürlich auch über die Motive, von denen die Verfasser und ihre Hintermänner bei der Aufstellung ihrer Forderungen geleitet worden sind. Man wird dann sehen, ob die Beweggründe der großen Kriegslieferanten bei Abfassung der Denkschrift „national“ waren, wie sie behaupten, oder ob es sich um ganz einfache Beutelinteressen, wie ihnen vorgeworfen wird, handelt, denen zuliebe der Krieg bis ins Endlose fortgesetzt

werden soll. Es ist klar, daß man von alledem wird nicht sprechen können, ohne den Zusammenhang zu berühren, der schon vor dem Kriege zwischen einem Teile der Schwerindustrie und den auf eine Erhöhung des Chauvinismus gerichteten Bestrebungen bestand und jetzt weiter besteht. Unter der Voraussetzung, daß die Freiheit der Diskussion nicht durch den Hinweis auf den sogenannten Burgfrieden beeinträchtigt wird, unterstützen wir gern den Wunsch aller derjenigen, die eine Veröffentlichung der Denkschrift begehren, und wir sind ganz überzeugt, daß eine solche Erörterung zum mindesten aufklärend wirken wird.

Die Zusicherung, die das „Berliner Tageblatt“ hier (notgedrungen) gibt, entspricht so ziemlich der Verpflichtung (Burgfriede), die allen Blättern auferlegt ist. Merkwürdiger war allerdings eine Verpflichtung, die — der „Vorwärts“ einmal übernommen hatte und von der jetzt der Parteivorstand Nachricht gibt. In einer Polemik gegen Bemerkungen, die der „Vorwärts“-Redakteur Däumig auf der sonntägigen Generalversammlung des Groß-Berliner Verbandes gemacht hat, erklärt der Parteivorstand:

Wahr ist vielmehr, daß der Parteivorstand vom „Vorwärts“, der zu lebhaften Beschwerden wegen seiner Haltung triftigen Anlaß gegeben hatte, bereits im September 1914 verlangte:

Der „Vorwärts“ hat nach Ansicht des Parteivorstandes in dieser Zeit im wesentlichen folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Der „Vorwärts“ soll wie bisher dem Surripatriotismus und den chauvinistischen Treibereien entgegenwirken;
2. er soll wie bisher die Annerionsgelüste bekämpfen;
3. er soll sich in seinen Berichten über Kriegsgreuel, Gefangenen- und Verwundetenbehandlung der größten Objektivität befleißigen;
4. er soll auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegweisend die Arbeiterinteressen vertreten.

Noch einmal hat der Parteivorstand sehr energisch in einer Redaktionsangelegenheit Stellung nehmen müssen. Der Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hatte sich der Behörde gegenüber schriftlich verpflichtet:

Ich kann versichern, daß ich dem Wunsche, daß die Einheitlichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde, und glaube, bisher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben.

Gegen ein solches Verhalten mußte der Parteivorstand Verwahrung einlegen. Gleichzeitig hat er in einer Eingabe an den stellvertretenden Reichskanzler entschieden betont, daß der Presse unter keinen Umständen derartige Zumutungen gestellt werden dürften.

Wie man erfährt, war jener Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion, der sich in der obigen Weise der Behörde gegenüber schriftlich verpflichtet hat, der Genosse Stadthagen, ansonsten und insbesondere jetzt ein Bannerträger des Radikalismus!